



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 34831 - 23

Fernschreiber 0 866 990

P/XIII/277 - 5. Dezember 1958

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

| <u>Seite:</u> |  | <u>Zeilen:</u> |
|---------------|--|----------------|
| 1             | Die Querschüsse des Herrn Strauß<br>Atomraketen statt Verhandlungen?                                 | 50             |
| 2 - 2a        | Alles bleibt in der Schwebe<br>Nach dem außerordentlichen Parteitag<br>der französischen Sozialisten | 70             |
| 3 - 4         | Henri vor dem Entscheidungskampf<br>Wird seine Partei ihn unterstützen?                              | 64             |
| 5 - 6         | Jungarbeiter wurden Ärzte und Juristen.<br>Abiturienten aus Abendgymnasien bewährten sich            | 54             |
| 7             | Die Schatten der Halden<br>Die Bilanz einer einzigen Zechengesellschaft in acht Monaten              | 49             |

\* \* \* \* \*  
\* \* \* \* \*

### Die Querschüsse des Herrn Strauß

sp Am gleichen Tage, an dem die Welt von wesentlichen Fortschritten bei den nun seit fünf Wochen dauernden Verhandlungen zwischen West und Ost in Genf zur Einstellung der Kernwaffen-Versuche und der Errichtung eines wirksamen militärischen Kontrollsystems erfuhr, hielt es Verteidigungsminister Strauß für notwendig, die deutsche und die Weltöffentlichkeit mit der Mitteilung zu überraschen, daß die Ausbildung von rund 150 Offizieren und Mannschaften der Bundeswehr an der Nike-Herkules-Rakete in den USA schon begonnen habe. Noch vor wenigen Tagen war vom Verteidigungsministerium heftig bestritten worden, daß die Bundeswehr mit Herkules-Raketen zur atomaren Luftabwehr ausgerüstet werden soll. Insgesamt ist zunächst die Errichtung von 150 Abschussstellen auf dem Boden der Bundesrepublik und die Aufstellung von 3 Raketen-Bataillonen beabsichtigt, von denen ein Drittel mit Atomraketen ausgestattet wird.

Dieser Beschluß des Verteidigungsministeriums erfolgte ohne Kenntnis des Verteidigungsausschusses des Bundestages. Über die Wirkungen dieser mit Atomsprengkapseln versehenen Raketen liegen noch keine Erfahrungen vor. Noch mehr: Derartige Vernichtungswaffen sind überhaupt noch nicht zu kaufen, so daß der Beschluß keine unmittelbare Wirksamkeit zukommt. Erst 1960 oder 1961 werden Atomraketen zu haben sein und solange dürfte auch die Errichtung von Abschussrampen dauern.

Der Sinn dieses provokatorischen Beschlusses des Bundesverteidigungsministers ist klar: er gehört zum Bestandteil der psychologischen Kampfführung und soll die bundesrepublikanische Öffentlichkeit daran gewöhnen, sich mit der Ausrüstung der Bundeswehr mit atomaren Waffen, zunächst auf dem Umweg über eine atomare Luftabwehr, als einer unausweichlichen Tatsache abzufinden. Vor dem Hintergrund der Krise um Berlin und der in Genf laufenden Bemühungen, doch noch dem Wahnsinn des Rüstungswettlaufes in atomaren Waffen Einhalt zu gebieten, gleicht dieser Beschluß einer gezielten Provokation, die sich nur verschlimmernd auf die Beziehungen zwischen West und Ost und auf die Stellung der Bundesrepublik in ihrem Verhältnis zu West und Ost auswirken kann. Die Idee der Schaffung einer atomwaffenfreien und militärisch kontrollierten Zone in Mitteleuropa gewinnt in der internationalen Öffentlichkeit immer mehr Raum. Sogar die britische Regierung hat sich, in Gegensatz zu früheren Haltungen, wie die letzte Unterhausdebatte bewies, solchen Vorschlägen nicht mehr ganz verschlossen; sie betrachtet sie als eine geeignete Diskussions-Grundlage für Verhandlungen über die Bildung eines europäischen Sicherheitssystems.

Franz-Josef Strauß schießt quer gegen solche Entspannungstendenzen und er wählte einen Augenblick zum Vorpfeilen, wo die Entscheidung über Einstellung oder Fortsetzung des Waffentürens immer noch in der Schwebe hängt. Diese Art von Politik ist in der Lage, in der wir uns als gespaltenes Volk befinden und angesichts der sowjetischen Bedrohung Westberlins dazu angetan, die Bundesrepublik von allen Friedenskräften und Friedensbemühungen in der Welt zu isolieren.

Die Versicherungen der Bundesregierung, auch sie strebe eine allgemeine kontrollierte Abrüstung an, werden durch die Strauß'schen Querschüsse unglaubwürdig, denn sie hinterlassen den bitteren und verheerenden Eindruck, daß die Bundesregierung ihre Hauptaufgabe in der Ausrüstung der Bundeswehr mit atomaren Waffen sieht und es nicht eilig genug hat, schon heute damit zu beginnen.

- 2 - 5. Dezember 1958

Alles bleibt in der Schwebe

C.M., Paris

Die Sozialistische Partei Frankreichs hat am Donnerstag dieser Woche nach einer ersten Analyse der Wahlergebnisse den Versuch unternommen, ihre Haltung in der kommenden Zeit zu präzisieren. Die überwältigende Mehrheit des außerordentlichen Kongresses beschloss, eine eventuelle Kandidatur des General de Gaulle als Präsidentschaftskandidat zu unterstützen. Die Frage der Regierungsbeteiligung bleibt offen, bis klargestellt ist, wer die neue Regierung bilden soll und welchen Inhalt das Regierungsprogramm haben wird. Bis zur Bildung einer neuen Regierung werden die vier Sozialisten, die jetzt Mitglieder der Regierung de Gaulle sind, im Kabinett bleiben. Ein besonderer Parteitag soll darüber bestimmen, ob eine weitere Regierungsbeteiligung möglich ist. Generalsekretär Guy Mollet und andere Diskussionsredner schätzten die Chancen einer Regierungsbeteiligung der Sozialistischen Partei für sehr gering sein.

Es gab auf diesem außerordentlichen Kongress nicht die vielfach in der französischen Presse vorausgesagte "Generalabrechnung". Die Ziffern sprechen eine zu deutliche Sprache. Die Partei hat ihren Wählerstand halten können, ist aber auf der parlamentarischen Ebene geschlagen worden. Nur noch 40 Abgeordnete (gegenüber früher 95) werden die SFIO in der Nationalversammlung vertreten. Übereinstimmend wurde festgestellt, daß alle Parteien - auch die Kommunisten - den Wahlkampf gegen die Sozialisten geführt haben. Unwiderrprochen blieb auch die Feststellung, daß der Sieger bei diesen Wahlen die Rechte ist, wobei allerdings nicht genau analysiert werden kann, welchen Inhalt und welche Zielsetzung die Politik dieser neuformierten Rechten unter Führung von Informationsminister Soustelle hat.

Besondere Beachtung verdient die mehrfach auf dem Kongress aufgestellte Behauptung, für de Gaulle sei das Wahlergebnis "noch schmerzlicher als für die SFIO". Die gesamte Rechte hat sich auf den General berufen, obwohl hinreichend bekannt ist, daß de Gaulle selbst die ihm von dieser Seite unterschobenen politischen Auffassungen nicht teilt. Mollet sprach die Überzeugung aus, de Gaulle wolle die Republik erhalten und sei bestrebt, das Algerien-Problem liberal zu lösen. Vorsicht-

tiger war schon der frühere Außenminister Pineau, der zwar den guten Willen de Gaulles anerkannte, aber Zweifel darüber äußerte, ob de Gaulle tatsächlich bereit sei, sich von seinen "Freunden" auf der Rechten zu distanzieren.

Die parlamentarische Niederlage der Kommunisten - sie haben nur noch zehn Mandate - täuscht niemanden in der SFIO darüber hinweg, daß die KPF mit ihrem immer noch beachtlichen Stimmenanteil von 20 Prozent jetzt beginnen wird, den Kampf auf der außerparlamentarischen Ebene, besonders in den Betrieben, zu organisieren. Daher klang in dem Kongreß der Sozialistischen Partei auch mehrfach die Warnung vor einer Regierungsbeteiligung durch. Wenn die Partei sich an der Regierung beteiligt, so sagte man, werde die KPF die einzige Oppositionspartei werden und dann relativ leicht in der Lage sein, sogenannte "Einheitsaktionen" in den Betrieben zu organisieren. Es fehlte auch nicht an Warnungen vor einem kalten faschistischen Futur in Frankreich.

Natürlich stand der Kongreß unter dem Eindruck der parlamentarischen Niederlage, wenn man auch nicht sagen kann, daß die Partei deprimiert wäre. Immer stärker scheint sich die Meinung durchzusetzen, daß man endlich auf der Grundlage eines neuen Programms die Position des demokratischen Sozialismus in Frankreich definieren müsse. Besonders der frühere Innenminister Jules Koch fand mit dieser Forderung starken Beifall.

Auf dem Kongreß ist nicht darüber gesprochen worden, ob die Möglichkeit besteht, die nichtkommunistische Linke jetzt zu einer geschlossenen sozialistischen Partei zusammenzufassen. Wie es heißt, haben einige führende Persönlichkeiten der SFIO mit Mordas-France, dem Vorsitzenden der autonomen sozialistischen Partei DEPREUX, sowie mit dessen Freunden Daniel Mayer und Verdier, aber auch mit dem Herausgeber der Zeitschrift "France Observateur", Claude Bourget, Fühlung aufgenommen. Das Ergebnis dieser Fühlungnahmen wird sehr unterschiedlich beurteilt. Man nimmt allgemein an, daß erst dann mit Resultaten im Sinne einer Zusammenfassung der linken Elemente in der französischen Politik - natürlich ohne die Kommunisten - zu rechnen ist, wenn klargestellt ist, ob sich die SFIO auch an einer Regierung unter Führung von Soustelle oder einem anderen Sieger dieser Wahl beteiligen wird. Geht die SFIO in die Opposition, dann könnten gewisse Chancen für die Zusammenfassung der Linken bestehen. Hängt sie sich dagegen an die Rechte, dürfte die französische Linke weiterhin zersplittert bleiben.

Nenni vor dem Entscheidungskampf

P. E. Rom, Anfang Dezember

Italien ist bekanntlich das einzige Land westlich des Eisernen Vorhangs, in dem Sozialisten und Kommunisten bis vor kurzem fast restlos miteinander solidarisch waren und sich nur durch unwesentliche Schattierungen voneinander unterschieden. Diese sonderbare Sachlage erklärt sich aus den besonderen sozialen Verhältnissen Italiens und aus der Geschichte des italienischen Sozialismus, der stets von einem merkwürdig primitiven Dogmatismus beherrscht worden ist. Bezeichnend für diesen Geisteszustand der italienischen Sozialisten ist eine Episode, die sich kurz vor der Machtergreifung Mussolinis im Jahre 1922 zutrug:

Damals forderte der Ministerpräsident Giolitti die Sozialisten auf, in die Regierung einzutreten, da dies den einzigen Weg bildete, eine starke parlamentarische Mehrheit als Bollwerk gegen den Faschismus zu schaffen. Der Gedanke aber, mit bürgerlichen Politikern in einer gemeinsamen Regierung zusammenzuarbeiten, erschien den damaligen sozialistischen Parteiführern als Verrat an der Idee des Klassenkampfes, und so ließ Filippo Turati, der Parteichef, dem Ministerpräsidenten antworten, eine Teilnahme der Sozialisten an der Regierung sei, wie er sich wörtlich ausdrückte, "zwar vielleicht notwendig, ganz bestimmt aber unmöglich." Man weiß, welche Folgen diese starre Prinzipientreue der Sozialisten nach sich zog: Auf die Regierung Giolitti folgte die Schattenregierung Facta, die sich fast widerstandslos von den Faschisten überrollen ließ. So gelangte Mussolini an die Macht, mit allen hieraus sich ergebenden Konsequenzen, was vielleicht nie geschehen wäre, hätten die Sozialisten jene Einladung Giolittis zur Zusammenarbeit angenommen, statt sie entzündet abzuweisen.

Diese starre Ideologie des italienischen Sozialismus hat bis in die jüngsten Tage weitergewirkt und die eingangs erwähnte paradoxe Lage geschaffen. Demgegenüber hat Pietro Nenni, der Führer der Partei, schon seit langem erkannt, daß es gerade im Interesse der italienischen Arbeiterklasse nicht angeht, sich immer wieder blind dem kommunistischen Diktat und damit letzten Endes der politischen Führung der Sowjets zu unter-

berufen. Dazu kommt in jüngster Zeit die Tatsache, daß mit Fanfani heute der linke Flügel der Democrazia Cristiana an die Regierung gelangt ist, der seine Bereitschaft zu großzügigen sozialen Reformen und zu einer konstruktiven Zusammenarbeit mit den Sozialisten oft genug bekundet hat. Wieder, wie in den Tagen Giolittis, sieht sich der italienische Sozialismus also vor der Frage, ob er aus mißverstandener Prinzipientreue eine solche Zusammenarbeit mit der größten bürgerlichen Partei grundsätzlich ablehnen soll oder nicht.

Die grundlegende Bedingung, die Fanfani für eine Zusammenarbeit mit den Sozialisten stellt, ist deren eindeutige Loslösung von der kommunistischen Vormundschaft. Nenni selbst ist zweifellos zu diesem Schritt bereit, nur bleibt bis heute die Frage offen, ob und inwieweit er sich mit diesen Absichten gegen seinen eigenen Parteiapparat durchsetzen kann. In etwa zwei Monaten wird in Neapel der sozialistische Parteikongreß stattfinden, und schon jetzt hat sich ein heftiger Kampf um die Positionen bei diesem Kongreß entsponnen, wobei es vor allem anderen um die persönliche Stellung Pietro Nennis geht.

Mit seinen 69 Jahren ist Nenni heute nicht mehr der Jüngste, und es fällt seinen kommunistischen Widersachern nicht schwer, ihn als "Rübe" und "verbürgerlicht" hinzustellen. Andererseits wird ihm von kommunistischer Seite der Ehrgeiz zugeschrieben, in der geplanten Koalitionsregierung mit der Democrazia Cristiana einen wichtigen Ministerposten zu bekleiden.

Der Ausfall des Parteitags von Neapel wird darüber entscheiden, ob die sozialistische Wählerschaft in ihrer Mehrheit bereit ist, mit ihren alten Parteiführer die große Abzagt an den Kommunismus vorzunehmen oder ob, wie vor zwei Jahren in Venedig, diejenigen Parteibürokraten siegen, die sich den Autonomisplänen Nennis beharrlich widersetzen. Im ersten Falle mag Nenni noch eine bedeutende politische Rolle vor sich haben, im anderen ist sein endgültiger Abgang so gut wie sicher. Denn er selbst hat keinen Zweifel darüber gelassen, daß er mit dem Abstimmungsergebnis von Neapel steht und fällt. Es wäre ein schwarzer Tag für die Sache der Demokratie in Italien, wenn sich die zweite Eventualität bewahrheitete.

### Jungarbeiter wurden Ärzte und Juristen.

Zur Zeit sind etwa 2 300 junge Leute aus allen sozialen Schichten Studierende der acht Abendgymnasien in Nordrhein-Westfalen (die Vorkurse die erheblich mehr Schüler als die Hauptkurse haben, eingeschlossen). Bisher haben etwa 900 Abiturienten diese Schulen verlassen. Sie haben sich an den Hochschulen bestens bewährt. Viele von ihnen sind schon als Ärzte, Lehrer aller Art, Theologen, Juristen, Volkswirte, Ingenieure, Kaufleute in Art und Würden. Die Mittel, die von den Kommunen und vom Staat für den Unterhalt dieser Schulen aufgebracht werden müssen, sind damit durchaus gerechtfertigt.

Die in jüngster Zeit so lebhaft gewordene Diskussion um den zweiten Bildungsweg und die Gründung mehrerer "Institute zur Erlangung der Hochschulreife" hat die Tatsache in den Hintergrund gedrängt, daß schon seit mehr als zehn Jahren eine Gruppe von Schulen im Lande Nordrhein-Westfalen unauffällig, aber mit bemerkenswertem Erfolg im Geiste der neuen Bildungsvorstellung arbeitet.

Es handelt sich um die acht öffentlichen, unter unmittelbarer Aufsicht des Kultusministeriums stehenden Abendgymnasien in Nordrhein-Westfalen, die nicht mit ähnlich benannten Einrichtungen verwechselt werden dürfen, in denen man in einer Art komprimierten Gymnasialkurses auf die Reifeprüfung vorbereitet wird.

Diese Abendgymnasien verfolgen vielmehr das Ziel, begabten Berufstätigen unter Anknüpfung an ihre Erfahrungen in Berufs- und Arbeitswelt und mit den Methoden der Erwachsenenbildung eine Bildung zu vermitteln die unter stärkster Konzentration auf einige Kerngebiete Weite und Tiefe der Einsicht und Urteilsfähigkeit geben soll, wie sie zur Aufnahme eines Hochschulstudiums erforderlich sind. Von den acht Abendgymnasien sind sieben in kommunaler Trägerschaft (Dortmund, Düsseldorf, Köln, Duisburg, Aachen, Gelsenkirchen, Wuppertal), eines ist privat (Leuk). Das älteste ist Dortmund (gegründet 1946), das jüngste, in Aachen, hat im Sommer 1958 seine erste Reifeprüfung erlitten.

Die Abendgymnasien sind im "Ring der Abendgymnasien" zusammengeschlossen. Sie stehen in engem Erfahrungsaustausch untereinander und haben - im Geiste pädagogischer Selbstverantwortung und Freiheit - ihre Methoden, Lehrpläne, Prüfungsverfahren selbst entwickeln können.

Der Bildungsgang umfaßt einen halbjährigen Vorkursus, einen dreijährigen Hauptkursus und einen Prüfungsabschnitt von mehreren Monaten. Der Bewerber muß gute Begabung und Bewährung im Beruf (möglichst abgeschlossene Berufsausbildung) nachweisen und mindestens 19 Jahre alt sein. In den ersten zwei Jahren soll der Studierende berufstätig bleiben. Mindestens für das letzte Jahr wird dagegen von ihm erwartet, daß er sich ganz auf das Studium konzentriert. Erziehungsbeihilfen, die demnächst erheblich verstärkt werden sollen, und andere Unterstützungen sollen das möglich machen.

Pflichtfächer sind Deutsch, Geschichte mit Gegenwartskunde, Latein, Englisch (oder Französisch), Mathematik, Physik. Dazu kommen Religion und je nach den Umständen ergänzende freiwillige Fächer oder Arbeitsgemeinschaften. Mit dem Grundsatz der Stoffbeschränkung und der Vertiefung in das Exemplarische wird ernst gemacht. Die Prüfung, deren Zeugnis die uneingeschränkte Hochschulreife verleiht, findet an der Schule selbst statt.

Ein lebendiges Bild vom Werden und Wirken eines Abendgymnasiums vermittelt die Festschrift zum zehnjährigen Bestehen des Abendgymnasiums Dortmund, herausgegeben vom Grübeck-Bund (Gesellschaft der Freunde des Abendgymnasiums der Stadt Dortmund). Dortmund 1957.

+ + + (Entnommen: "Demokratischer  
Aufbau")

#### Völlige Schulgeldfreiheit in Nordrhein-Westfalen

Ab 1. April nächsten Jahres wird in Nordrhein-Westfalen für alle öffentlichen Schulen die volle Schulgeldfreiheit bestehen. Der Kulturausschuß des Landtages hat einer entsprechenden Durchführungsverordnung des Kultusministeriums zugestimmt, nach der zu dem genannten Zeitpunkt auch die letzten Reste des Schulgeldzwanges - nämlich für die drei Anfangsklassen der Gymnasien und Frauenoberschulen - abgebaut werden.

Die Schulgeldfreiheit in Nordrhein-Westfalen geht auf die Initiative der SPD im Landtag zurück, die gleichzeitig auch die völlige Lehr- und Lernmittelfreiheit anstrebt, um allen begabten Kindern ungeachtet ihres Herkommens die gleichen Ausbildungschancen zu sichern. Das jetzt voll in Kraft getretene Gesetz sah den stufenweisen Abbau des Schulgeldzwanges vor und führt zu einer jährlichen Gesamtelastung des Landes in Höhe von 63 Millionen DM.

+ + +



### Die Schatten der Halden

W.F. Überschattet von den "Bieseengebirgen" an Kohle und Koks ist die verweihnachtliche Zeit im Ruhrgebiet. Zwar kann der Bergarbeiter trotz der massierten Feierschichten noch seinen Verpflichtungen gegenüber der Familie nachkommen, aber die Sorge vor weiteren finanziellen Verschlechterungen ist offensichtlich. Die fast schon permanenten "Kohlegespräche" in Aufsichtsratsitzungen und Ministerien haben keinen der 600 000 Kumpel die Angst vor der Entlassung im Neujahr nehmen können.

Gastwirte und Lebensmittelhändler sähen schon eine Umsatzverringernng bis zu zehn, manchmal auch bis zu 20 Prozent, und in den Lohnbüros der Zechen kommt die Lohnfälligkeit immer häufiger vor. Das Ratenzahlungssystem, eines der zwielichtigen Wirtschaftswunder-Kinder, belastet jetzt mancher Bergmann und seine Familie empfindlich. Noch ist es keine Katastrophe, aber ist sie für die nahe Zukunft noch ausgeschlossen?

9 900 Bergleute sind bereits Zug um Zug bis jetzt entlassen worden. Jetzt heißt es, man werde die vor Jahr und Tag verpflichteten italienischen Kumpel "abziehen". Auf diese Weise soll die Produktion gedrosselt werden.

Neben der Importkohle, die auf die 119 Ruhrzechen "drückt", zeigt sich noch ein anderer Faktor schwerwiegender Art. In der deutschen Industrie macht sich trotz Vollbeschäftigung ein Auftragsrückgang bemerkbar. Von 124 Hochöfen sind zur Zeit nur 99 im Betrieb. Es wird nicht mehr so viel Roheisen produziert, folglich reduziert sich auch der Koksverbrauch. Der Rückgang beträgt nach letzter Schätzung 10,6 Prozent. Noch ist kein Überblick möglich auf alle Industriezweige, aber auch hier gibt es schon Betriebe, die bis zu sieben Prozent weniger an festen Brennstoffen abnehmen.

Bei einer einzigen Zechengesellschaft in Bochum ergab sich in jüngster Vergangenheit folgendes Bild: Bei einer Belegschaftszahl von 7 102 Arbeitern und Angestellten und einer täglichen Förderung von 6 800 t Kohle wurde bereits im April 1958 die erste Feierschicht eingelegt. Bis zu diesem Tag waren bereits 49 000 t Kohle und Koks auf die Halden geschüttet worden. Im Mai folgten zwei Feierschichten. Im Juli war bereits die 6. Feierschicht fällig bei einer Belegschaftszahl von 6 915 Arbeitern und Angestellten und einem Haldenbestand von 107 000 t Kohle und Koks. Im Oktober notierten die Kumpel der gleichen Zeche bereits innerhalb von vier Wochen drei und damit insgesamt die 12. Feierschicht. Belegschaftszahl: 6 843 Arbeiter und Angestellte, und 147 800 t Kohle und Koks auf den Halden. Der Lohnausfall beträgt bereits 1,4 Millionen Mark. Diese 1,4 Millionen Mark fehlen nicht nur dem Bergmann, denn er gab das Geld ohnehin schneller als vorgesehen aus. Mit betroffen ist die Geschäftswelt. Die Krupp-Konsumfaktoren im Bochumer Raum verzeichnen bereits bei ihrem letzten monatlichen Umsatz ein Minus von 20 Prozent.

Inzwischen hat sich die Gesamtzahl der Feierschichten im Lande an der Ruhr in einem Lohnausfall niedergeschlagen, der 47 Millionen Mark ausmacht. Das ist ein trauriger Rekord, noch trauriger aber ist, daß alle bisherigen "Maßnahmen" an den eigentlichen Ursachen vorbeigehen. "Die Sonnen Gesundbeter beweisen nun, daß sie unter ihrer Wahlparole 'Wohlstand für alle' etwas ganz anderes verstanden haben," sagte der Gesamtbetriebsratsvorsitzende jener Bochumer Zechengesellschaft.

+ + +